

Die Wahrung der Menschenrechte als Voraussetzung für Frieden 10 Standpunkte zur aktuellen Situation in Gaza

1. Im Gedenken an die Shoa als bleibende Mahnung und Auftrag treten wir als deutsche Sektion von Religions for Peace entschieden für Jüdinnen und Juden in unserem Land ein. Wir bekräftigen die Existenz und Sicherheit Israels. Wir erheben unsere Stimme gegen jede Form von Antisemitismus und fordern entschiedenere bildungspolitische Maßnahmen gegen wachsende antisemitische Entwicklungen in unserem Land.
2. Wir verurteilen aufs Schärfste den menschenverachtenden Terrorakt der Hamas vom 7. Oktober 2023 und bekräftigen das Recht Israels auf Selbstverteidigung zum Schutz seiner Bevölkerung. Wir fordern die sofortige Freilassung aller Geiseln durch die Hamas. Wir fühlen mit unseren jüdischen Glaubensgeschwistern diese durch den Terrorakt entstandene wiederholte Traumatisierung gegen Jüdinnen und Juden.
3. Zugleich gebietet uns die aus der tiefen Schuld der Shoa erwachsene Verantwortung, bei massiven Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich nicht zu schweigen. Das Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza hat die Verhältnismäßigkeit im Sinne einer Selbstverteidigung Israels verloren.
4. Als gläubige Menschen können wir angesichts des entsetzlichen Leidens der palästinensischen Bevölkerung, denen medizinische Hilfe, Grundnahrungsmittel und Wasser vorenthalten werden, nicht länger stumm bleiben: wir erheben unsere Stimme gegen eine Politik, die humanitäre Grundrechte massiv verletzt.
5. Auf der Basis unserer jahrzehntelangen interreligiösen Dialogarbeit und des gewachsenen Vertrauens zwischen den Religionen fordern wir die klare Differenzierung zwischen Menschen jüdischen Glaubens und einer gegen das internationale Völkerrecht agierenden Politik der Regierung Israels. Diese Politik schadet nicht nur dem Ansehen Israels, sondern behindert auch ein entschiedenes Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus.
6. Wir treten für eine sofortige Waffenruhe in Gaza ein. Zeitgleich fordern wir dringend eine Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen zur Freilassung der israelischen Geiseln aus den Händen der Terrororganisation der Hamas sowie die entschiedene Wiederaufnahme der internationalen humanitären Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza.
7. Mit Blick auf die deutsche Regierung fordern wir eine klare Differenzsensibilität: Auf der einen Seite das entschiedene Bekenntnis zu Israel in großer Dankbarkeit für die in den letzten Jahrzehnten gewachsene Versöhnung und Freundschaft. Auf der anderen Seite die in Freundschaft wahrzunehmende deutliche Kritik an einer derart rechtswidrig agierenden israelischen Regierung. Diese Kritik muss aus Gründen des Völkerrechts, für dessen Einhaltung wir als interreligiöse Friedensorganisation stehen, zu deutlicheren Äußerungen und Maßnahmen führen.
8. Als international ausgewiesene interreligiöse Friedensorganisation ermutigen wir zur Aufnahme und Stärkung der diplomatischen Bemühungen die strategische Einbeziehung von Religionsvertretern und Religionsvertreterinnen sowie interreligiös engagierter Netzwerke für den Frieden. Das Potenzial religiös motivierter Friedensbildung und Friedensarbeit sollte in seiner über Jahrzehnte konsolidierten Expertise intensiver genutzt werden.
9. Auf der Basis unserer jahrelangen intensiven interreligiösen Dialogarbeit und des gewachsenen Vertrauens zwischen Menschen jüdischen, christlichen, islamischen und anderer Glaubenstraditionen, fühlen wir uns aus religiösen Gründen gemeinsam dem

Frieden verpflichtet. Wir bekräftigen daher unsere Solidarität im geschwisterlichen Glauben an eine höhere Macht, die höher ist als alle nationalen und machtpolitischen Interessen.

10. Gerade in Zeiten von Konflikten und Gewalt bekräftigen wir als Teil des globalen Netzwerkes Religion for Peace und auf der Basis unserer unterschiedlichen Glaubenshintergründe unseren Einsatz für den Frieden und die Wahrung der Menschenrechte im Sinne einer Menschheitsfamilie.